

News Archiv 2018

2018-09-26 09:52

[Rendi-Wagner baut SPÖ-Spitze um](#)

Der SPÖ-Parteivorstand hat am Dienstag Pamela Rendi-Wagner zur neuen Chefin nominiert. Zuvor tagte der rote Parlamentsklub – und hier gab es einen Umbau: Andreas Schieder trat als Klubchef zurück, Rendi-Wagner will den Klub nun alleine führen. Thomas Drozda wird neuer alleiniger Bundesgeschäftsführer – Max Lercher muss seinen Posten räumen.

Allerdings wurde Drozda mit acht Enthaltungen gewählt, erklärten mehrere Sitzungsteilnehmer im Anschluss. Für das Meistern der Herausforderungen brauche sie ein Team, dem sie vertrauen könne, erklärte Rendi-Wagner die Neubesetzungen in einem Statement am Abend. Andrea Brunner bleibt stellvertretende Bundesgeschäftsführerin.

„Mut zu einfachen und verständlichen Antworten“

Demnach will sie von der Partei mehr „Mut zu einfachen und verständlichen Antworten“, so Rendi-Wagner beim ersten Auftritt als designierte SPÖ-Chefin. Man wolle immer für „Chancengleichheit und Gerechtigkeit“ stehen. Auf Fragen habe man zuletzt wohl zu wenige Antworten gegeben. Das müsse sich nun ändern. Man wolle Menschen jetzt bei ihren „Wünschen, Bedürfnissen, Sorgen und Erwartungen abholen“, so Rendi-Wagner.

Pressestatement nach dem SPÖ-Bundesparteivorstand

Der SPÖ-Parteivorstand nominierte Rendi-Wagner zur neuen Chefin. Zuvor tagte der rote Parlamentsklub. Schieder machte Platz, Drozda übernimmt die Bundesgeschäftsführung von Lercher.

„Nicht über den politischen Gegner definieren“

Inhaltlich will Rendi-Wagner die SPÖ als moderne, progressive, weltoffene Partei positionieren, die sich nicht über den politischen Gegner definiere. Wichtig seien ihr Werte wie Gleichstellung von Mann und Frau, Rechtsstaat und Demokratie. Die Sozialdemokratie stehe für sie für soziale Gerechtigkeit, Wärme und einen Leistungsbegriff.

Prophylaktisch versuchte Rendi-Wagner Zweifel zu zerstreuen, dass sie für die Politik nach erst eineinhalb Jahren in diesem Geschäft zu wenig Routine habe. Sie sei Ministerin gewesen, habe einen Wahlkampf bestritten und schließlich Oppositionspolitik gemacht: „Ich habe in dieser Zeit sehr viel gesehen.“ Antworten musste die designierte SPÖ-Chefin nach dem Statement keine geben. Denn bei ihrer Antrittspressekonferenz in der Parteizentrale waren keine Fragen zugelassen.

Lercher: „Mir geht’s gut“

Der bisherige und nun abgesetzte Bundesgeschäftsführer Lercher erklärte gegenüber Journalisten: „Mir geht’s gut.“ Zum Wohle der Partei seien gute Entscheidungen getroffen worden. Die neue Vorsitzende habe das Vorschlagsrecht und das Recht, ein Team zu bilden. Lercher meinte, er sei „nicht enttäuscht“. Ihm gehe es nicht um Posten, sondern um Werte, beteuerte Lercher.

Eine der acht Enthaltungen für Drozda kam von Michael Schickhofer. Der steirische Landesparteichef erklärte: „Aus meiner Sicht wäre er (Lercher, Anm.) weiter Bundesgeschäftsführer.“ Nun unterstütze man die neue Chefin Rendi-Wagner zu 100 Prozent. Sie habe daher die Möglichkeit, den Bundesgeschäftsführer auszusuchen. Laut Schickhofer gab es im Vorstand intensive Diskussionen. Lercher habe auch aus anderen Bundesländern Unterstützung gehabt. Rendi-Wagners Wahl stimmte Schickhofer zu. Für sie habe es auch keine Enthaltungen gegeben.

Solidaritätserklärungen für Schieder

Dem Vernehmen nach tat Schieder gleich zu Beginn der Klubsitzung kund, einem Wechsel nicht im Weg stehen zu wollen. Er soll zukünftig in die zweite Reihe treten und stellvertretender Klubobmann werden. Es sei der entsprechende Wunsch der Parteivorsitzenden an ihn herangetragen worden, und er werde dem nicht im Wege stehen.

Daraufhin gab es Solidaritätserklärungen für Schieder von praktisch allen Wiener Abgeordneten auch aus dem Lager seines früheren Widersachers Bürgermeister Michael Ludwig, zudem von Mandataren aus Nieder- und Oberösterreich. Auch Abgeordnete aus anderen Ländern äußerten ihr Unverständnis über die Demontage. Für Verständnis bezüglich der Vorgangsweise Rendi-Wagners warb in der Sitzung offenbar nur Drozda.

Offenbar hat es beim Abgang von Andreas Schieder Widerspruch gegeben.

SPÖ-Granden wollen hinter Rendi-Wagner stehen

Ludwig ließ nach der Sitzung lediglich wissen, dass er Drozda gewählt habe. Der burgenländische Landesparteichef Hans-Peter Doskozil zeigte sich sehr zufrieden. Auch er bekundete, dass sich die neue Chefin ihr Team aussuchen können müsse. Für Drozda freue er sich. Er habe bereits gut mit ihm zusammengearbeitet. Der Salzburger Landespartei vorsitzende Walter Steidl verkündete Drozdas Wahl zum Bundesgeschäftsführer beim Verlassen der SPÖ-Räumlichkeiten.

Der Salzburger Landeschef Walter Steidl pochte darauf, dass die Partei geschlossen agieren müsse. Rendi-Wagner brauche einen hundertprozentigen Vertrauensvorschuss, auch was Personalfragen angehe.

2018-09-23 10:05

[SPÖ demonstriert Geschlossenheit](#)

amela Rendi-Wagner wird neue SPÖ-Chefin

Nach Tagen der Spekulationen stellte sich die Partei am Samstag geschlossen hinter die ehemalige Gesundheitsministerin. Mehrfach wurde versichert, dass die Quereinsteigerin die „erste Wahl“ gewesen sei.

Nach dem kommunikativ eher unglücklichen Abgang von Parteichef Christian Kern wollte sich die SPÖ eigentlich bis Mitte Oktober Zeit nehmen, um die Parteispitze neu zu besetzen. Am Ende hat die Suche nach einer neuen Parteichefin dann doch nicht Wochen, sondern nur Tage gedauert. Am Samstag designierte das SPÖ-Präsidium Rendi-Wagner als neue Vorsitzende. Am Dienstag soll der 68-köpfige Parteivorstand die Personalie offiziell absegnen. Vor dem Gremium soll Rendi-Wagner auch in Grundzügen skizzieren, wie sie sich den Kurs der Partei in Zukunft vorstellt. Die Nominierung für die Wahl am Parteitag im November darf dann als bessere Formalie angesehen werden.

SPÖ: Wie weiter?

Rendi-Wagner selbst will sich auch erst dann wieder öffentlich äußern. Am Samstag sprach sie noch vor der Präsidiumssitzung von einer „großen Ehre“. Ihre Wahl fiel dort schließlich einstimmig aus, oder wie es Christian Kern im Anschluss an die Sitzung formulierte: Rendi-Wagner habe die „maximal mögliche Zustimmung“ erhalten. Der scheidende Parteichef war voll des Lobes für Rendi-Wagner. Sie bringe nicht nur das fachliche Wissen mit, sondern auch die soziale Kompetenz, habe alles, was eine Vorsitzende ausmache.

„Tatsächlich die erste Wahl“

Die mediale Diskussion nach Kerns Rückzugsankündigung war auch von den Absagen für den Vorsitzendenjob geprägt: Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser winkte ebenso ab wie Burgenlands Neo-SPÖ-Chef Hans-Peter Doskozil. Und auch die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures machte gleich mehrmals klar, nicht interessiert zu sein – ein letztes und entschiedenes Mal am Freitag.

Umso mehr war die Partei am Samstag darum bemüht, die politische Quereinsteigerin Rendi-Wagner, die erst seit eineinhalb Jahren SPÖ-Mitglied ist, als Wunsch- und nicht als Kompromisskandidatin zu verkaufen. Die Diskussionen über die Absagen empfinde er als „absurd“. „Pamela Rendi-Wagner ist tatsächlich die erste Wahl“, sagte Kern, der sich dem Vernehmen nach ohnehin von Anfang an für die von ihm in die Politik geholte Parteikollegin ausgesprochen habe.

Pamela Rendi-Wagner im Porträt

Vor eineinhalb Jahren holte der damalige Bundeskanzler Kern Rendi-Wagner als Nachfolgerin der verstorbenen Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser in sein Kabinett. Seit damals ist sie Mitglied der SPÖ.

In die gleiche Kerbe schlug im Ö1-Mittagsjournal SPÖ-Bundesgeschäftsführer Max Lercher. Auch er sprach von der ehemaligen Gesundheitsministerin als „erste Wahl“ und versicherte, sie werde von der Partei mit voller Kraft unterstützt.

Lob aus den Ländern

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, der beim Präsidium verhindert war, ließ via Aussendung ausrichten, dass Rendi-Wagner „die absolut beste Wahl für den Vorsitz unserer Bewegung“ sei. Der Salzburger SPÖ-Chef Walter Steidl sagte nach dem Präsidium, er sei „hochzufrieden“, Rendi-Wagner werde „eine herausragende Parteichefin“ sein.

Warnung für die Zeit danach

Bei all den schönen Worten gab es freilich auch eine Warnung, und die kam von der ansonsten sehr zurückhaltenden Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl. Sie mahnte die Partei, sich nicht nur bei der Bestellung hinter die Vorsitzende zu stellen, sondern auch in der Zeit danach. Der steirische Landesvorsitzende Michael Schickhofer gab immerhin zu bedenken, dass Rendi-Wagner als Quereinsteigerin sich sicher einarbeiten werde müssen und ihr die Partei dabei helfen müsse.

In den vergangenen Tagen war vor allem den Landesparteien im Burgenland und in Wien nachgesagt worden, dass sie keine allzu große Freude mit Rendi-Wagner hätten. Allerdings hatten sich beide Landesparteien bereits am Freitag hinter die Gesundheitssprecherin der Partei gestellt. Dass der Entscheidung wohl einiges an Diskussion vorausgegangen war, ließ am Samstag Burgenlands SPÖ-Chef Doko Zil immerhin durchklingen. „Natürlich“ habe es „mehrere Optionen“ gegeben. „Es wurden Gespräche geführt, und schlussendlich ist sie die Topkandidatin“, so der ehemalige Verteidigungsminister.

Das Lob von Wiens Bürgermeister Ludwig fiel nicht ganz so vollmundig aus

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig meinte am Samstag, die Praxis werde zeigen, ob Rendi-Wagner den Hoffnungen gerecht werde. Er gehe aber davon aus, dass sie die Fähigkeiten dazu habe, so der Nachsatz. Gegenüber der ZIB2 hatte Ludwig am Freitag gesagt, Rendi-Wagner „ist ja in ein gesamtes Team eingebettet“. Sie habe natürlich das Recht, Vorschläge zu machen, trage aber auch die Verantwortung.

„Vollumfängliche“ Teamentscheidungen

Dazu gehören wohl auch Personalentscheidungen. Rendi-Wagner werde „ihr eigenes Team zusammenstellen“ ließ Kern nach der Präsidiumssitzung wissen – „vollumfänglich“, wie er auf Nachfrage hinzufügte. Welche personellen Konsequenzen das mit sich bringen könnte, blieb am Samstag aber noch offen.

Spekuliert worden war, ob Lercher nach der missglückten Kommunikation rund um Kerns Rückzug von

der Parteispitze weiterhin die Bundesgeschäftsführung behalten werde. Von Ludwig abwärts machten dem Steirer aber heute gleich mehrere SPÖ-Granden die Mauer und lobten sein Krisenmanagement.

Medial fiel zuletzt auch der Name des geschäftsführenden Klubobmanns Andreas Schieder als möglicher Wackelkandidat. Einfach ausgetauscht werden könnte Schieder aber ohnehin nicht. Er wurde mit großer Mehrheit vom SPÖ-Klub gewählt. Er war am Samstag jedenfalls der einzige, der nicht nur lobende Worte für die am Ende schnelle Entscheidung für Rendi-Wagner fand. Er bedauerte, dass dadurch die Diskussion über die Personalie sehr kurz verlaufen sei.

[Read more ... SPÖ demonstriert Geschlossenheit](#)

2018-09-04 08:20

[SPÖ fordert von Bund Details zu Kinderbetreuung](#)

Die SPÖ-geführten Bundesländer sehen nach wie vor Gesprächsbedarf mit Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) zum Thema Kinderbetreuung sagte Landeshauptmann Peter Kaiser. Er könne einen Vertrag nur unterschreiben, wenn er wisse, was drin stehe.

Am Rande des Parteivorstandes der Kärntner SPÖ sprach Landeshauptmann Peter Kaiser am Montag von einem „eigenartigen Verhalten“ vonseiten des Bundes im Zusammenhang mit Verträgen, wie es die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist. Es gebe dringenden Handlungsbedarf, die Ministerin verweigere Gespräche mit Kärnten, Wien und dem Burgenland.

Noch unklar, was im Vertrag steht

Schon im April forderte die Landeshauptleutekonferenz den Bund auf, mit den Ländern in diesbezügliche Verhandlungen zu treten. Bogner-Strauß habe bisher in Sachen Kinderbetreuung nur mit den ÖVP-geführten Bundesländern gesprochen. Regelungen für ein Kopftuchverbot in Kindergärten seien noch nicht im Detail formuliert, so Kaiser. Er sagte, er wolle wissen, wie eine Umsetzung und Sanktionierung durch die Länder funktionieren solle.

Im Parteivorstand sei darüber diskutiert worden. In Kärnten habe es bisher keine Anlassfälle gegeben: „Daher ist das für mich nicht das Wesentliche. Aber wenn ich einen Vertrag unterschreibe und vom Bund quasi autorisiert werde, auch Sanktionen einzuführen, würde ich gerne ernsthaft darüber reden, was vernünftig ist.“ Er könne nur dann eine 15a-Vereinbarung unterschreiben, wenn er den Vertragsinhalt kenne, so Kaiser. Das Familienministerium sprach bereits letzte Woche von einer Einigung mit den Ländern, Kritik der roten Bundesländer könne man nicht nachvollziehen.

Ersparnis für Eltern in Kärnten

Er verwies auch noch einmal auf die Halbierung der durchschnittlichen Kosten für die Kinderbetreuung in Kärnten, die im September in Kraft tritt. Eltern würden sich zwischen 231 und 1.155 Euro ersparen, je nachdem, wie hoch die Preise in den unterschiedlichen Einrichtungen seien. Man wolle damit allen Kindern, egal in welcher Region, egal welchen sozialen Status, die elementarpädagogische Bildung zukommen lassen. Das Land übernimmt rund die Hälfte der Betreuungskosten, ausgenommen das Mittagessen. Ab Herbst 2019 plant das Land, die gesamten Betreuungskosten (ausgenommen Verpflegung) zu übernehmen.

[Read more ... SPÖ fordert von Bund Details zu Kinderbetreuung](#)

2018-09-01 14:08

FSG Wimmer: 12-Stunden-Tag ist Anschlag auf Gesundheit, Freizeit und Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen

Arbeitszeitregelung zu Lasten der Beschäftigten wird bei Regierungsverantwortung der SozialdemokratInnen zurückgenommen

„Mit 1.9.2018 tritt der 12-Stunden-Tag und damit der massivste Eingriff in die Rechte der ArbeitnehmerInnen seit Beginn der zweiten Republik in Kraft. Die Änderungen im Arbeitszeitgesetz sind ein Anschlag auf die Gesundheit, die Freizeit und Geldbörsen der Menschen“, so der Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen, Rainer Wimmer. „Die Demontage der sozialen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften durch die schwarz-blaue Regierung ist ein Spiel mit dem Feuer. Es wird der soziale Friede und damit auch die Stabilität Österreichs gefährdet“, unterstreicht Wimmer.

Mit der Einführung der Arbeitszeitverlängerung versuche die Regierung auch, die betriebliche Mitbestimmung zu beschneiden. „Die Mitsprache der Betriebsräte bei der elften und zwölften Arbeitsstunde wurde aus dem Gesetz gestrichen. Künftig werden die MitarbeiterInnen dem Chef alleine gegenüberstehen, wenn sie die Überstunden ablehnen wollen“, sagt der FSG-Vorsitzende. Mit der im Gesetz vorgesehenen Freiwilligkeit bei der Absolvierung der Überstunden werde den ArbeitnehmerInnen Sand in die Augen gestreut: „Jeder weiß, dass in Österreich eine Kündigung ohne Angabe von Gründen jederzeit möglich ist. Lehnt ein Mitarbeiter Überstunden zu oft ab, läuft er Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren. Der 12-Stunden-Tag ist ein Gesetz, dass nur der Wirtschaft Vorteile bringt, die ArbeitnehmerInnen werden im Regen stehen gelassen.“

Mit jeder politischen Maßnahme der Regierung werde offensichtlicher, dass sie nur im Sinne ihrer Wahlkampfspender aus der Industrie handle. „Da helfen auch keine Ablenkungsmanöver mehr. Der Tag wird kommen, an dem die Regierung die Rechnung für die unsoziale Politik präsentiert bekommt“, betont Wimmer. Für die SozialdemokratInnen sei klar, dass die neue Arbeitszeitregelung wieder zurückgenommen werden muss. „Das ist unser Versprechen. Wenn wir wieder Regierungsverantwortung übernehmen, dann werden erneut die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelpunkt der Politik stehen“, sagt der FSG-Vorsitzende abschließend.

[Read more ... FSG Wimmer: 12-Stunden-Tag ist Anschlag auf Gesundheit, Freizeit und Geldbörsen der ArbeitnehmerInnen](#)

2018-08-29 09:53

[younion-Ulreich: Zum Schutz der Wiener Bediensteten brauchen wir Herrn Strache nicht](#)

FPÖ versucht ihr Zerstörungswerk bei der Arbeitszeit mit Einzelfall aus dem Winterdienst zu tarnen

„Beim Winterdienst der Stadt Wien gelten Sonderregelungen – wie in allen Bereichen der Daseinsvorsorge zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Der blaue Vizekanzler versucht, das Zerstörungswerk der Regierung bei der Arbeitszeitregelung mit einem Jahre zurückliegenden Einzelfall zu tarnen, der außerdem nicht korrekt dargestellt wurde“, sagte heute, Mittwoch, der Vorsitzender der HG III in der younion _Die Daseinsgewerkschaft, Harald Ulreich.

„Wir haben seit jeher ein genaues Auge auf die Einhaltung der Arbeitszeiten in sämtlichen Dienststellen der Stadt Wien. Wo die bestehenden Regelungen nicht gepasst haben, haben wir schon vor Jahren eingegriffen und in Verhandlungen mit der Stadt Wien für Verbesserungen für die MitarbeiterInnen gesorgt. Dazu brauchen wir den Herrn Strache nicht“, betonte Ulreich. Die sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen sind der Regierung offenbar ein Dorn im Auge und sollen nun beseitigt werden.

„Wichtig für das Wohl und den Schutz der ArbeitnehmerInnen wäre die Einführung einer sechsten Urlaubswoche ab dem 43. Lebensjahr auf breiter Basis. Dafür sollte sich ein Vizekanzler stark machen, statt in Interviews angebliche Gewinnmaximierung mit der Sicherstellung der Daseinsvorsorge in sämtlichen Bereichen einer Großstadt zu vermengen“, schloss Ulreich.

[Read more ... younion-Ulreich: Zum Schutz der Wiener Bediensteten brauchen wir Herrn Strache nicht](#)

2018-08-24 15:33

[Doch keine Kürzungen: 142,5 Millionen Euro vom Bund für Kinderbetreuung](#)

720 Millionen in nächsten vier Jahren

Nach langem Gezerre haben sich Bund und Länder auf die Mittel für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung geeinigt. Der Bund stelle den Ländern 142,5 Millionen Euro zur Verfügung, teilte die Regierung am Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz mit.

Von den Ländern werden 38 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt, der Finanzierungsschlüssel wurde damit von 35 auf 52,5 Prozent erhöht. In Summe werden damit jährlich 180 Millionen in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert. Ursprünglich wollte der Bund den Ländern statt der bisherigen 140 nur noch 110 Millionen zur Verfügung stellen. Nach heftigen Protesten aus den Ländern bleibt es nun aber in etwa beim bisherigen Volumen.

Kein fertiges Papier bei Präsentation

Die Abmachung gelte für die nächsten vier Jahre, so Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), die gemeinsam mit Familienministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP), Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) die Pläne präsentierte. Ein fertiges Papier gab es bei der Verkündung in einem niederösterreichischen Kindergarten jedoch noch nicht.

Dass der Bund ebenso wie die Länder nun mehr als angenommen für den Kinderbetreuungsausbau zahlen muss, ist nach Angaben beider Seiten durchaus machbar. Man habe sich bei der Budgeterstellung bestimmte Spielräume einbehalten, sagte Kurz. Erfreulich sei, dass es nun mehr Geld von den Ländern gebe: „Das ist ein schöner Erfolg für die Kinder und alle Beteiligten. Wo das Geld genau herkommt, ist, glaube ich, für die Steuerzahler relativ egal.“

Auch Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) sieht die Einigung positiv. „Dass Familien zusätzlich unterstützt werden, halte ich für immens wichtig. Das neue Splitting zwischen Bund und Ländern, die ihren Beitrag genauso erhöhen, war ausschlaggebend, um am Ende nicht nur das Niveau zu halten, sondern jenes der Vorgängerregierung zu übertreffen“, so Löger zur APA. „Das leichte Plus vom Bund im Vergleich zu den erwartenden Ausgaben stellt kein Budgetrisiko dar.“

„Wertekatalog“ und Kopftuchverbot

Der Bund stellte für die Zusicherung Bedingungen: So soll es zu einem generellen Kopftuchverbot in Kindergärten kommen. Laut Strache soll dieses für „alle, auch islamische Kindergärten“, gelten. Auch ein „Wertekatalog“ soll eingeführt werden, womit die „Sicherung der Qualität“, so Kurz, in Kindergärten sichergestellt werden solle. Die Kriterien würden vom Bund festgelegt, die Länder könnten danach überprüfen und gegebenenfalls auch Sanktionen aussprechen.

Die Regierung richtet sich mit dem „Wertekatalog“ in erster Linie wohl gegen islamische Kindergärten. Strache sagte, er habe den Eindruck, dass „insbesondere in islamischen Kinderbetreuungseinrichtungen“ die Qualität nicht gegeben sei. Der Katalog solle die Möglichkeit geben, „gegen solche Einrichtungen vorzugehen“ und sicherzustellen, dass es dafür keine Fördergelder gebe.

Strache sagte, Gesetze seien „dazu da, von Bürgern und von Strukturen“ eingehalten zu werden. Sollte das nicht der Fall sein, müsse man das Gespräch mit den Eltern suchen. Sollten sich Einrichtungen nicht daran halten, müssen man auch hier das Gespräch suchen. Über den Katalog werde vom Bund definiert, was vom Land sanktioniert werde, so Strache. Es sei jedenfalls „verpflichtend“, dass die Länder diese Punkte umsetzen.

Gratiskindergarten und Sprachförderung im Fokus

Auf Nachfrage sagte Bogner-Strauß, dass von dem zugesicherten Geld 70 Millionen Euro in das

Gratiskindergartenjahr und „knapp über 30 Millionen“ für die Sprachförderung investiert werden sollen. Die „verbleibenden Millionen“ würden in den Ausbau der Betreuungseinrichtungen und die Flexibilisierung der Öffnungszeiten, die Erfüllung der Kriterien für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (VIF-Kriterien) und in die Ausbildung von Tageseltern investiert.

Pressekonferenz in niederösterreichischem Kindergarten

Kanzler Kurz, Vizekanzler Strache, Familienministerin Bogner-Strauß und Landeshauptfrau Mikl-Leitner traten am Freitag vor die Presse, um ihre Pläne zu präsentieren.

Bei den Öffnungszeiten sei das Ziel, so Bogner-Strauß, dass Einrichtungen mindestens 45 Wochenstunden und 47 Wochen im Jahr geöffnet haben. Jedes Jahr soll zumindest ein zusätzliches Prozent der Kindergärten das erfüllen, über die vier Jahre Laufzeit hätte man gerne ein Plus von insgesamt sechs Prozent.

Statt drei soll es in Hinkunft nur noch eine einzige 15a-Vereinbarung von Bund und Ländern geben. Dass die Vereinbarung nicht über einen „zu langen“ Zeitraum geschlossen wurde, sei für Bogner-Strauß „wichtig“ gewesen. So könne öfter der „Ist-Zustand“ abgerufen werden. In der Vergangenheit sei etwa sehr viel in den Ausbau bei der Betreuung für Drei- bis Sechsjährige investiert worden, jetzt liege der Fokus auf den unter Dreijährigen. Solche Investitionen müssten in regelmäßigen Abständen „neu evaluiert“ werden.

Eckpunkte „kurzfristig“ an Länder übermittelt

Kurz sagte, er „hoffe“, dass die Einigung „von allen mitgetragen“ werde. Viele Länder hätten bereits „klar kommuniziert“, dass sie mehr Geld zur Verfügung stellen wollen. Er gehe aufgrund positiver Rückmeldungen davon aus, dass alle Länder mitziehen. Mikl-Leitner ergänzte, dass man die Eckpunkte „kurzfristig“ an die Länder geschickt habe, der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, Hans Niessl (SPÖ), habe „seine Zustimmung gegeben“ - unter „dem Vorbehalt“, dass er sich die Details der Vereinbarung genau anschauen werde.

Niessl kritisiert Informationspolitik

Niessl begrüßte auf Nachfrage der APA zwar, dass es keine Kürzungen geben soll. Allerdings kritisierte er gegenüber der APA die Informationspolitik der Bundesregierung. Der letzte Entwurf sei dem Büro erst am Donnerstag gegen 18.30 Uhr übermittelt worden - mehr dazu in [burgenland.ORE.at](https://www.burgenland.orf.at). Auch aus Wien wird die Vorgehensweise der Regierung kritisiert. Die Länder hätten in ihrer Stellungnahme zum ersten Entwurf im Juli auf eine Reihe von problematischen Punkten hingewiesen und eine dringende Abstimmung zwischen Bund und Ländern gefordert. Das sei „eigentlich üblich“, befand der zuständige Stadtrat Jürgen Czernohorszky (SPÖ) - mehr dazu in [wien.ORE.at](https://www.wien.orf.at).

Bogner-Strauß wies die Kritik der SPÖ-geführten Bundesländer im Ö1-Mittagsjournal zurück. Es habe in den letzten Wochen Stellungnahmen der Länder gegeben, denen entsprochen worden sei. „Es kann eigentlich kein Land etwas dagegen haben, dass es jetzt bessere Konditionen gibt“, so die Ministerin. In Sachen Kopftuchverbot im Kindergarten musste Bogner-Strauß einräumen, dass die Regierung nicht weiß, wie viele das überhaupt betrifft: „Es gibt hier keine validen Zahlen.“

ÖVP-Länder und Gemeindebund erfreut

Die ÖVP-geführten Länder Salzburg, Vorarlberg und Tirol sind zufrieden. Die Länderinteressen seien voll berücksichtigt worden, sämtliche Kritikpunkte ausgeräumt, sagte etwa der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP). Auch der Gemeindebund zeigte sich in einer Reaktion erfreut, dass es vom Bund nun doch wieder mehr Mittel für die Kinderbetreuung gibt als ursprünglich geplant. Das sei auch der „Beharrlichkeit“ des Gemeindebunds zu verdanken, so Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

Opposition zufrieden, aber Kritik an Vorgehensweise

Die Opposition zeigte sich grundsätzlich zufrieden. SPÖ-Bildungssprecherin Sonja Hammerschmid und SPÖ-Familiensprecherin Brigit Sandler finden es jedoch „bezeichnend“ für die Regierung, dass sie die Rücknahme der geplanten Kürzungen bei der Kinderbetreuung „jetzt als außergewöhnlichen Erfolg verkaufen möchte“.

Auch NEOS reagierte ähnlich: Die Regierung habe schlicht „ein Problem gelöst, das sie selbst geschaffen hat“, zeigte sich NEOS-Familiensprecher Michael Bernhard wenig euphorisch. Die Betreuungseinrichtungen seien nicht langfristig abgesichert, wenn die Vereinbarung ausläuft, gehe das Gerangel wieder von vorne los. Grundsätzlich erfreut, aber ebenfalls nicht euphorisch reagierte die Liste Pilz auf die „Erhaltung des Status quo“ bei der Kinderbetreuung. Hierbei könne man nicht gerade von einer Erfolgsmeldung sprechen, so Parteichefin Maria Stern in einer Pressekonferenz.

[Read more ... Doch keine Kürzungen: 142,5 Millionen Euro vom Bund für Kinderbetreuung](#)

2018-08-22 07:04

FSG: AUVA-Pläne sind Geschenk an Großindustrielle

FSG zeigt Flagge im Sinne der ArbeitnehmerInnen

„Das von Sozialministerin Hartinger und Obmann Ofner erarbeitete Konzept zu Einsparungen bei der AUVA geht ganz klar zu Lasten der Versicherten und ist ein Geschenk an die Großindustriellen, die sich vor ihrer Verantwortung drücken und die Folgekosten von Arbeitsunfällen auf die ArbeitnehmerInnen abwälzen wollen. In der heutigen Vorstandssitzung werden die FSG-VertreterInnen daher Flagge zeigen und Abänderungsanträge einbringen, um die Versorgungsqualität aufrecht zu erhalten“, so der Vorsitzende der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) im ÖGB, Rainer Wimmer. Er fordert die Arbeitnehmervertreter der FCG bzw. des ÖAAB auf, gemeinsam im Sinne der Versicherten zu handeln: „Wenn es darauf ankommt, müssen die Interessen der ArbeitnehmerInnen über die Parteiräson gestellt werden.“

Für den FSG-Vorsitzenden sind vor allem die Pläne für eine GmbH für die Unfallkrankenhäuser abzulehnen. „Das ist ein erster Schritt Richtung Privatisierung. Die Regierung versucht derzeit noch, die Wogen zu glätten. Aber wir kennen diese Taktik: Jetzt wird noch alles bestritten, zu einem späteren

Zeitpunkt wird dann begonnen, die AUVA zu filetieren, um den aufgezwungenen Sparkurs einhalten zu können“, sagt Wimmer. Für die Fraktion der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen ist ganz klar, dass man dafür eintreten wird, dass das Leistungsspektrum der AUVA vollumfänglich erhalten bleibt. Mit dem angekündigten planwirtschaftlichen Beschäftigtenabbau wird das aber nicht gelingen und daher wird die FSG dem niemals zustimmen. „Gerade im Bereich der ÄrztInnen und des Pflegepersonals darf es zu keinen Einschnitten kommen. Offensichtlich sind auch Einsparungen bei der Unfallprävention geplant. Wer bei der Unfallprävention kürzt, vergreift sich an der Gesundheit der Menschen“, unterstreicht Wimmer.

Er verweist weiters darauf, dass bei den angekündigten Reformen nicht nur die Versicherten Nachteile zu erwarten haben, sondern auch kleinere Unternehmen, denn die Finanzierung der Zuschüsse zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist nicht gesichert. „Wieder macht die Regierung deutlich, wofür sie steht: Sie befolgt eine von der Industriellenvereinigung vorgegebene Agenda, um die Wahlkampfspender der ÖVP glücklich zu machen. Künftig sollte sich die ÖVP nicht mehr Wirtschaftspartei, sondern Konzernpartei nennen“, so der FSG-Vorsitzende abschließend.

[Read more ... FSG: AUVA-Pläne sind Geschenk an Großindustrielle](#)

2018-08-02 12:58

[FSG-Wimmer: Schwarz-Blau gefährdet mit ihrem Kahlschlag-Kurs positive Entwicklung](#)

Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten sind Erfolg der SPÖ-geführten Vorgängerregierungen

Die von den Gewerkschaften durchgesetzte Lohnsteuersenkung 2016 war ein wichtiger Impuls für Wirtschaftswachstum und nunmehriges Sinken der Arbeitslosigkeit. Aber auch Programme mit klarer sozialdemokratischer Handschrift, wie beispielsweise die Aktion 20.000 und der Beschäftigungsbonus haben unser Land nach der Finanz- und Wirtschaftskrise nun wieder weiter nach vorne gebracht. „Die aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten sind ein Erfolg der SPÖ-geführten Vorgängerregierungen. Die schwarz-blaue Regierung wiederum gefährdet mit ihrem aktuellen Kahlschlag-Kurs diese positive Entwicklung“, sagt Rainer Wimmer, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) im ÖGB.

Wie die Maßnahmen der Vorgänger-Regierung erst nach und nach wirken, so wird sich das ganze Ausmaß der geplanten ÖVP-FPÖ-Kürzungen bei den Krankenkassen, beim AMS, bei der AUVA und so weiter auch erst in Monaten und Jahren zeigen. Dann ist Vieles von unserem bewährten System zerschlagen. Vormalige Leistungen werden sich die Menschen zurückwünschen, für die sie dann tief in die eigene Tasche greifen müssen. „Die FSG wird zusammen mit der SPÖ mit aller Kraft gegen Sozialabbau und Kaputtsparen kämpfen. Es braucht stattdessen weitere Anstrengungen und Investitionen für eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt“, betont Wimmer.

Die FSG fordert unter anderem:

- Höhere Lebensqualität und Gesundheit durch innovative Arbeitszeitmodelle mit Ausbau der Mitgestaltungsrechte der ArbeitnehmerInnen mit Recht auf und Zeit für Qualifizierung fördern.
- Verkürzung der Normalarbeitszeit und sechs Urlaubswochen für alle.
- Höhere Mindestlöhne und -gehälter sowie höhere Mindestlehrlingsentschädigungen
- Fachkräftemilliarde und Ausbildungsfonds für gute Ausbildung schaffen, sie sichert die Produktivität der österreichischen Volkswirtschaft.
- Flächendeckendes Angebot an öffentlicher sozialer Infrastruktur.
- Alternsgerechtes Arbeiten verpflichtend umsetzen.
- Weitere Entlastung des Faktors Arbeit durch Abgeltung der kalten Progression bzw. Lohnsteuersenkung.
- Kein Nulldefizit auf Kosten der sozial Schwachen.

[Read more ... FSG-Wimmer: Schwarz-Blau gefährdet mit ihrem Kahlschlag-Kurs positive Entwicklung](#)

2018-07-25 19:19

Zwölfstundentag: SPÖ kündigt „heißen Herbst“ an

Die SPÖ will sich mit dem Zwölfstundentag, der mit 1. September in Kraft tritt, noch lange nicht abfinden. Sozialsprecher Josef Muchitsch kündigte heute bei einer Pressekonferenz einen „heißen Herbst“ mit Aktionen gegen die Arbeitszeitflexibilisierung an. Aber auch an anderen sozialpolitischen Maßnahmen, wie dem Familienbonus und der Abschaffung des Kumulationsprinzips, übt die SPÖ Kritik.

Das neue Arbeitszeitgesetz enthalte „keine einzige Verbesserung für die Arbeitnehmer“ und sei schlichtweg ein Eigentor der Regierung, betonte Muchitsch. Die SPÖ will daher weiter gezielt Aktionen dagegen setzen, unter anderem sind für Herbst eine Aufklärungskampagne und eine Betroffenenhotline geplant. Die Hotline soll den Menschen Auskunft über ihre Möglichkeiten und Rechte geben und insbesondere jenen zur Verfügung stehen, die „durch das Gesetz unter die Räder kommen“.

Außerdem wird im September mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) eine Konferenz der KollektivvertragsverhandlerInnen stattfinden, bei der man eine gemeinsame Strategie festlegen will. „Was man den ArbeitnehmerInnen bereits weggenommen hat, versuchen wir bei den Kollektivvertragsverhandlungen wieder reinzubringen“, so Muchitsch. Die SPÖ fordert unter anderem eine klare Regelung der Freizeit, die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche und einen Rechtsanspruch auf die Viertagewoche.

2018-07-23 11:12

[Niessl für Umbau der SPÖ zu Mitgliederpartei](#)

Geht es nach dem burgenländischen SPÖ-Vorsitzenden und Landeshauptmann Hans Niessl, dann sollen SPÖ-Mitglieder künftig mehr Mitspracherecht in der Bundes-SPÖ bekommen. „Die SPÖ muss sich viel stärker als Mitgliederpartei positionieren“, sagte Niessl im Interview mit der APA.

SPÖ-Mitglieder sollten in Zukunft öfter zu wichtigen Fragen und inhaltlichen Themen Stellung nehmen können, Abgeordnete sowie Mandatäre und Mandatarinnen von den Mitgliedern in Vorwahlen ausgewählt und der Parteivorsitzende „in weiterer Folge“ von der Parteibasis mitgewählt werden. „Bei einer Mitgliederpartei müssen die Mitglieder auch mitreden können“, so Niessl.

Kein Problem hat Niessl mit dem Vorhaben, dass SPÖ-Mandatäre und -Mandatarinnen nach 10 Jahren Amtszeit bei einem weiteren Antreten eine Zweidrittelmehrheit des bestellenden SPÖ-Gremiums brauchen. „Wenn ich nach 10 Jahren keine Zweidrittelmehrheit zusammenbringe, dann muss ich mir eh überlegen, was schiefgelaufen ist. Eine breite Zustimmung ist schon wichtig.“

Gegen Urabstimmung über Koalitionsabkommen

Lediglich bei der laut Parteireform geplanten Urabstimmung über Koalitionsabkommen empfiehlt der Landesparteichef der Bundespartei eine andere Vorgangsweise. „Ich bin eher dafür, vor Wahlen Befragungen zu machen, um nach Wahlen rasch handeln zu können.“

Das halte er für „die effizientere Vorgangsweise, um nicht durch zu lange Gespräche nach der Wahl einen strategischen Nachteil bei Koalitionsverhandlungen zu haben“, so Niessl. „Weil so wie ich die eine oder andere Partei kenne, machen die eine Koalition mit den anderen, wenn man zu lange zögert.“

[Read more ... Niessl für Umbau der SPÖ zu Mitgliederpartei](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [3](#)
- [4](#)

- [5](#)
- 6
- [7](#)
- [8](#)
- [9](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)